

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ja, es sind die närrischen Tage! Und ich wollte, diese fänden nur auf den Straßen bei lustigen Faschingsumzügen und in den Dorfsälen und Stadthallen bei zünftigen Narrensitzungen statt. Leider gewinnt man zunehmend den Eindruck, dass mancher unabhängig von der so genannten Narrenzeit und ohne Maskierung genauso wie mit Maske zu den Narren gehören möchte.

Nein, es kommt nun kein Ampel-Bashing, obwohl sich da übers Jahr so einiges an Material ansammelt:

Vom Bundesfinanzminister Lindner, der sich als eins mit den Landwirten bezeichnet, weil er schon mal eine Pferdebox ausgemistet hat bis zum Bundesgesundheitsminister, der die Gefahren des Cannabis-Konsums anerkennt, es aber trotzdem legalisiert mit dem Hinweis, die Prävention zu intensivieren und sich dann mit dras-

tisch gekürzten Mitteln zufrieden gibt für: Ja, genau, für Drogenprävention! Traräää, traräää!

Vom Bundeslandwirtschaftsminister, der Werbung für zu fette und zu süße Lebensmittel verbieten will und dann einen Gesetzentwurf vorlegt, der auch Werbung für Joghurt verbieten würde bis zu Frau Wagenknecht, die von ganz links kommt und sich doch in vielem mit der AfD einig ist.

Manches von alledem wäre einen Tusch wert – wenn es halt nur ein Faschingswitz wäre...

Aber auch in Bayern geschehen Dinge, die zu den närrischen Tagen passen würden – wenn sie nicht bitterernst wären: Andi Scheuer – der wie durch ein Wunder von Ersatzansprüchen für den 243-Millionen-Euro-Schaden verschont bleibt, den er uns Steuerzahlern durch sein Mautdesaster beschert hat – gibt bekannt, dass er bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten wird, obwohl ihn schon beim letzten Mal nur noch jeder Vierte gewählt hat. Traräää!

In Augsburg wird von den (Grünen) Mitveranstaltern der Großkundgebung gegen Rechts dem FREIE WÄHLER-Digitalminister Fabian Mehring das Wort mit der Begründung verboten, man wolle keine Ministerreden und prompt hält die Hauptrede GRÜNEN-Kulturstaatsministerin Claudia Roth. Ein Narr, der Böses dabei denkt...

Aus der Staatskanzlei hört man Unmut darüber, dass Hubert Aiwanger auf so vielen Bauerndemos bejubelt wird und folglich den Hinweis, der Aufenthalt auf Demos gehöre nicht zu den Kernaufgaben eines bayerischen Ministers. Anderntags entstehen dann schöne Fotos vom Ministerpräsidenten mit mindestens zwei weiteren Ministern aus seinem Stall – und wo? Auf einer Landwirtsdemo! Traräää!

Getoppt wird all die Narretei vom Vorwurf der CSU, der windmühlenartig die Windkraft beschwörende FREIE WÄHLER-Wirtschaftsminister sei schuld daran, dass 856 Bürger in Mehring im Landkreis Altötting gegen einen Windpark gestimmt haben. Vergessen, dass es die FREIEN WÄHLER waren,

die erst vor einem Jahr den 10 Jahre dauernden erbitterten Widerstand der CSU gegen jegliche Windräder in Bayern namens 10H (H wie Helau) gebrochen haben.

Gibt es Hoffnung, dass es mit manchen dieser Narreteien am Aschermittwoch vorbei ist?

Es gibt jedenfalls Hoffnung, manches davon erstmal für ein paar Tage zu vergessen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein ausgelassenes Faschingswochenende, Traräää, Ihr



Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



MEINE WOCHE IM LANDTAG

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft attraktiv und vital ist. Deshalb haben wir uns diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, dass der Bund weiterhin kraftvoll in den ländlichen Raum investiert, um dessen Attraktivität zu steigern. Keinesfalls dürfen wir zulassen, dass ländliche Räume finanziell abgehängt werden. Bayern lebt von der Vielfalt – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

Es ist daher inakzeptabel, dass durch Mittelkürzungen der Ampel Bayerns Bürger gegeneinander ausgespielt werden. Beispiele dafür sind die Fördermittel für die integrierte ländliche Entwicklung und Dorferneuerung, die mindestens auf dem Niveau von 2023 weitergeführt werden müssen. Sämtliche Streichungen zulasten der Landwirtschaft gefährden die einzigartigen bäuerlichen Strukturen in Bayern und müssen zurückgenommen werden. Auch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie lehnen wir ab. Wir fordern einen einheitlichen Steuersatz von sieben Pro-

zent für Speisen und Getränke, um dauerhaften Schaden von der vielfältigen bayerischen Gasthauskultur abzuwenden.

Statt Mittel zu streichen sollte die Ampel lieber investieren – etwa in die Infrastruktur von Schiene und Straße oder in die flächendeckende Gesundheitsversorgung.

Die gute Nachricht ist: Trotz der Kürzungen stemmt sich der Freistaat entschlossen gegen die bundesweite Ampel-Rezession. Darauf hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger diese Woche völlig zu Recht hingewiesen. Wir haben in Bayern mit einer Arbeitslosenquote von etwa drei Prozent nahezu Vollbeschäftigung, während der Bund mit circa sechs Prozent deutlich darüber liegt – mehr dazu später.



RÜCKBLICK

BERICHT: BILANZ DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFTS- UND ENERGIEPOLITIK KANN SICH SEHEN LASSEN

Diese Woche hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger seinen Bericht zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen im Wirtschaftsausschuss vorgestellt. Und seine Bilanz kann sich sehen lassen: Von Handwerk bis Hightech, von Wärmeplanung bis Windkraft setzt Bayern wichtige Akzente. Kostenfreie Meisterausbildung, Errichtung des Chip-Design-Zentrums, erfolgreiche Akquise

von IPCEI-Förderungen für bayerische Großprojekte in den Bereichen Wasserstoff oder Batterietechnologie sowie Förderung der Bioökonomie – all das sind nur einige Beispiele.

Klar ist aber auch: Um die anstehenden Herausforderungen zu meistern, brauchen wir ein wirtschaftsfreundlicheres Klima in Deutschland. Die Unternehmenssteuern müssen runter, Energie muss insbesondere für die Industrie bezahlbarer werden und belastende Bürokratie muss weg. Diese Angelegenheiten müssen vorrangig in Berlin gelöst werden. Wenn es dort weiter in diesem Schnecken-tempo vorangeht, sehen wir große Risiken für Deutschland als Wirtschaftsstandort.

Der Freistaat hat im Jahr 2023 hingegen einen Exportrekord in der Außenwirtschaft erzielt. Der wegen teurer Energieimporte im Jahr 2022 erhöhte Einfuhrüberschuss ist damit deutlich gesunken. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen hinter unserem tatkräftigen Wirtschaftsminister, der die Themen in seinem Zuständigkeitsbereich kräftig anschiebt und gleichzeitig mit den Menschen vor Ort sowie dem Mittelstand im Gespräch bleibt. Mehr [\[HIER\]](#).

PILOTPROJEKT ZUR ENTNAHME VON SAATKRÄHEN: WIRKSAMKEIT VON LETALER VERGRÄMUNG UNTERSUCHEN

Im Umweltausschuss haben wir diese Woche ein Pilotprojekt gefordert, mit dem die Wirksamkeit der letalen und der nicht letalen Vergrämung von Saatkrähen untersucht werden soll. Die Saatkrähenpopulation in Bayern steigt seit Jahren an. Als Folge dessen nehmen die verursachten Schäden immer weiter zu. Ob in besiedelten Gebieten oder auf dem Feld – eine massive Ansiedlung von Saatkrähen sorgt für gravierende Probleme: Ganze Aussaaten können von den Vögeln vernichtet werden, die finanziell fatale Schäden ausrichten. In Städten – wie z.B. in Kempten – nimmt die Plage so groteske Formen an, dass Parkbänke nur noch un-



ter aufwendigen Großschirmen benutzbar sind.

Das von uns geforderte Projekt soll über mehrere Vegetationsperioden hinweg untersuchen, welche Wirkung die Entnahme von Saatkrähen im Rahmen von artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen hat. Einbezogen werden sollen nach Möglichkeit auch Grundeigentümer und Jäger vor Ort.

Dass die Saatkrähe vor einigen Jahrzehnten vom Aussterben bedroht war, steht außer Frage. Damals war die Entscheidung zum Schutzstatus richtig. Mittlerweile hat sich die Art erholt und eine Neubewertung des Schutzstatus ist längst überfällig. Das legen auch die Zwischenberichte des Modellprojekts zum Management der Saatkrähen in Bayern des Landesamts für Umwelt nahe, das wir 2019 initiiert hatten.

Wir werden uns deshalb auch in Zukunft auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, den Schutzstatus der Saatkrähe herabzusetzen. Erst im vergangenen Jahr war eine Bundesratsinitiative von uns zur Herabstufung des Schutzstatus abgelehnt worden – doch wir geben nicht auf. Denn Vogelschutz darf nicht höher bewertet werden als die berechtigten Interessen der Menschen.

UNSER DRINGLICHSANTRAG: WIR WOLLEN DIE STILLLEGUNG VON BIOENERGIE VERHINDERN

Erneuerbare Energien sollen in Zukunft die Hauptlast der heimischen Energieversorgung übernehmen. Damit kommt der Energie aus Biomasse eine signifikante Bedeutung für die künftige Energieversorgung zu. Biomasse ist ein Eckpfeiler für das Gelingen der Energiewende: Sie liefert auch dann zuverlässig klimafreundli-

chen Strom, wenn Wind- und Solarenergie witterungsbedingt ausfallen. Daher haben wir uns diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, eine Stilllegung der Bioenergie zu verhindern. Konkret haben wir eine Neuausrichtung der EEG-Biomasseausschreibungen sowie eine massive Anhebung der Ausschreibungsvolumina gefordert.

Mit der zum Dezember 2023 beendeten EEG-Ausschreibungsrunde für Biomasse war eine Ausschreibungsrunde erstmals mehr als dreifach überzeichnet. Das Ergebnis ist nur der Vorbote einer drohenden Bioenergie-Krise: Zahlreiche bayerische Biogasanlagen nähern sich dem Ende der zwanzigjährigen EEG-Vergütungsdauer. Insbesondere aufgrund enorm gestiegener Kosten für Einsatzstoffe sind die Anlagen jedoch ohne eine anzupassende EEG-Vergütung nicht auskömmlich zu betreiben. Dadurch droht eine großflächige Stilllegung von Biogasanlagen. Um der Krise entgegenzuwirken ist deshalb dringend eine Anpassung der Rahmenbedingungen durch den Bund erforderlich. Die Novelle des EEG im Jahr 2024 bietet jetzt Gelegenheit dazu.

Die Zeit drängt: Auch in der nächsten Ausschreibungsrunde im März wird es absehbar weit mehr Gebote als Zuschläge geben. Es darf nicht soweit kommen, dass gesicherte Leistung aus Biogasanlagen im großen Stil vom Netz geht und Investitionen in neue Anlagen unterbleiben. Mehr [\[HIER\]](#).



KURZNEWS

#BILDERDERWOCHE: BESUCH DER GENERALKONSULIN IM EUROPAAUSSCHUSS

Wichtiger Termin diese Woche im Europaausschuss: Unsere europapolitische Sprecherin und kommissarische Leiterin des Ausschusses Ulrike Müller konnte im Beisein des Antisemitismus-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung Ludwig Spaenle die Generalkonsulin des Staates Israel für



Süddeutschland Talya Lador-Fresher begrüßen. Im Fokus des Austauschs, an dem auch unsere Abgeordneten Martin Scharf und Gabi Schmidt teilnahmen, standen der Nahostkonflikt, die bayerisch-israelischen Beziehungen und die Umsetzung der EU-Antisemitismus-Strategie.

Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion steht dabei fest, dass wir unverrückbar an der Seite Israels stehen. Der Terror der Hamas richtet sich gegen alle westlichen Werte, für die Israel steht – unter anderem Demokratie, Gleichberechtigung, Religions- und Meinungsfreiheit. Werte, die es zu verteidigen gilt.

Weitere Bilder vom Austausch gibt es [\[HIER\]](#).



#WDB: DER WOCHENDURCHBLICK MIT FLORIAN STREIBL: UNSERE BRANDMAUER GEGEN RECHTS STEHT – WARUM WIR EINEN VIZEPRÄSIDENTEN DER AFD IM LANDTAG ABLEHNEN

In dieser Woche scheiterte der Versuch der AfD, einen Landtagsvizepräsidenten zu wählen zum vierzehnten

Mal. Zum Glück – denn aus unserer Sicht sollte eine Partei, die vom Landesverfassungsschutz beobachtet wird, kein Verfassungsamt übernehmen. Weshalb es gerade jetzt wichtig ist, für die Demokratie einzustehen, zeigt unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in der aktuellen Ausgabe #Der-Wochendurchblick. Zum Video geht's [\[HIER\]](#).



SCHÖN BUNT – VALENTINSGRUSS DER BAYERISCHEN GARTENBAUVERBÄNDE

Vorboten des Frühlings waren in dieser Woche im Landtag zu sehen und zu beschnuppern. Landtagspräsidentin Ilse Aigner und wir vom Präsidium durften gemeinsam die traditionellen Valentinsgrüße der Bayerischen Gartenbauverbände entgegennehmen. Hyazinthen, Tête à Tête und Veilchen. Die floristischen Grüße der bayerischen Gartenbauverbände haben Tradition im Bayerischen Landtag. Gemeinsam überbringen der Bayerische Gärtnereiverband (BGV), der Verband Garten- und Landschaftsbau Bayern und der Fachverband Deutscher Floristen Landesverband Bayern Blumensträuße, die im Anschluss im Landtag verteilt werden. Eine schöne Tradition, die den Landtag jedes Jahr ein wenig bunter macht.

10. FEBRUAR 2024 – TAG DER KINDERHOSPIZARBEIT

Meine größte Anerkennung für alle, die sich in der Kinderhospizarbeit engagieren. In Deutschland sind mehrere zehntausend Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene



unheilbar krank. Eine besondere Situation für die Erkrankten und deren Familien, aber eben auch für die haupt- und ehrenamtlich Engagierten, die viel Fingerspitzengefühl und eigene Stärke mitbringen müssen. Grüne Schleifen der Solidarität zeigen heute am 10. Februar die Verbundenheit für diese enorm wichtige Arbeit. Ich selbst bin Botschafter für den **Bundesverband Kinderhospiz**. Ich freue mich, damit einen Teil dazu beitragen zu können, dass die Arbeit des Vereins die Ehre, Öffentlichkeit und Anerkennung bekommt, welche die engagierten Verantwortlichen mehr als verdient haben! Gemeinsam stark für Kinder!



IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de